

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Lebensversicherungsgesellschaft für Angeln aus Aue und Umgebung 6.00 Mark, auswärtige Angeln 10.00 Mark, Kassen-Politik 20.00 Mark. Bei größeren Abzügen aufsprechender Rabatt.

Angelagerter: Die Lebensversicherungsgesellschaft für Angeln aus Aue und Umgebung 6.00 Mark, auswärtige Angeln 10.00 Mark, Kassen-Politik 20.00 Mark. Bei größeren Abzügen aufsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postkod.-Konto: Amt Leipzig Nr. 1490

Nr. 207

Dienstag, den 5. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die Konferenz der Ernährungsminister unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Fehr hat in Hamburg begonnen. In der allgemeinen Aussprache wurde hauptsächlich die Getreide- und Brotversorgung besprochen.

Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend seiner Rundgebung vom 11. August 1922 die Reichswehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen hat.

Das englische Kabinet hat bereits Mitte August die Frage der deutschen Kriegsschuldigenprozesse in England im ablehnenden Sinne entschieden.

Der französische Ministerrat stimmte der Einberufung von Kairo zu, schnellstens eine Konferenz der Verbündeten einzuberufen, um die Reparationsfrage und die Schulden der Alliierten zu besprechen.

Der Dollar notierte heute in Berlin mit 1462.

### Rücktritt Bradburys?

Aus englischen Blätterstimmen ist zu entnehmen, daß das englische Mitglied der Reparationskommission, Sir John Bradbury, sich mit Rücktrittsgedanken trägt. Aber er hat nicht die Absicht, die von ihm begonnene Aufgabe einer Lösung des Reparationsproblems nun etwa aufzugeben. Sondern er möchte ungehemmt durch amtliche Fesseln seine Pläne weiter verfolgen. Diese gehen einmal auf die vernünftige Begrenzung der Reparationen und die zweckmäßige Kürzung der alliierten Schulden untereinander. Zunächst liegt ihm daran, den deutsch-belgischen Garantievertrag zu fördern. Es ist kein Geheimnis, daß er bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin schon sehr eingehend mehrere Möglichkeiten mit den deutschen Staatsleitern durchgesprochen hat, wie man die in Belgien zu gebenden Schatzwechsel evtl. sichern könne. Bradbury scheint als praktischer Politiker dabei an Möglichkeiten gedacht zu haben, die uns nicht zwingen, Reichsbankgold ins Ausland zu überführen. Heute beginnen die Verhandlungen mit den belgischen Delegierten, und Sir John hofft, daß diese Verhandlungen sehr rasch zum Ziele führen. Sollte er so gut vorgearbeitet haben, daß es sich hier nicht nur um eine Hoffnung handelt?

### Bradburys sieben Kombinationen.

Der Pariser Korrespondent der Times erklärt, er könne bestätigen, daß die Frage der Garantien, die Deutschland auf Grund des Beschlusses der Repko an Belgien geben werde, ohne Zweifel zur größten Zufriedenheit der Brüsseler und der Berliner Regierung gelöst werden wird. Sir John Bradbury, der ihm diese Erklärung gemacht habe, habe den Erfolg der Operationen bei seinem Aufenthalt in London so gut wie gesichert und nicht weniger als sechs bis sieben verschiedene Kombinationen ausgearbeitet, um die deutschen Schatzscheine annehmbar zu machen. Er glaube allerdings, daß die Kombination, die schließlich gewählt wird, die Unterschrift der D-Banken vorliegt. Die Times schreibt dazu: Das Gold der Reichsbank wird nicht einmal mehr erwähnt; aber der Plan soll ein Arrangement erhalten, in dem England eine hervorragende Rolle spielt. Diese Feststellung ist ebenso beunruhigend wie geheimnisvoll. Ist es möglich, daß unsere Regierung oder eines ihrer Mitglieder einen Plan ernsthaft in Betracht zieht, nach dem amtlicher englischer Kredit in irgendeiner Form benutzt werden soll, um eine Garantie für die deutschen Schatzscheine zu schaffen, für die Deutschland selbst das Gold der Reichsbank nicht verpfänden will? Wenn Herr Stinnes und seine Freunde nach dieser Richtung hin informiert worden sind, dann wird die Einstimmigkeit, mit der sie und ihre politischen Freunde das deutsche Nein in die Welt donnern, mit einem Male verständlich. Aber alle in Betracht kommenden Stellen müssen daran denken, daß ein solches Vorgehen unbedingt die Zustimmung des englischen Steuerzahlers verlangt. Dieser würde aber eine ungeheure Schwachsinngigkeit beweisen, wenn er seine Zustimmung dazu geben würde, daß er eine oberste Garantie für die deutschen Reparationen zu leisten habe. Man hat ihm bei den letzten Wahlen versprochen, die Regierung werde die deutschen Rassen leeren. Aber nun würde er die Entdeckung machen, daß der erste Schritt dazu der ist, den betrügerischen Bankrotteure mit Gold oder in einer anderen Form aus seiner Tasche zu unterstützen. Schon das Austauschen derartiger Berichte macht eine vollständige und sofortige authentische Mitteilung unbedingt notwendig, um die öffentliche Meinung aufzuklären.

### Oberschlesiens Verbleib bei Preußen.

Die überwältigende Mehrheit der Bewohner des deutschen Oberschlesiens hat den Willen bekundet, im Rahmen des preussischen Staatsverbandes zu bleiben. Die Abstimmungs-

gettel lauteten: Oberschlesien wird preussische Provinz bleiben — oder: Oberschlesien soll ein eigener Bundesstaat werden. Neunzig v. S. der Bevölkerung haben sich für den Verbleib bei Preußen ausgesprochen. Die Abstimmungs-beteiligung betrug über 73 Prozent. Das ist eine überaus starke Beteiligung, und man kann feststellen, daß die polnische Parole der Stimmhaltung kaum irgend einen nennenswerten praktischen Erfolg gezeitigt hat. Offenbar haben zahlreiche Oberschlesier polnischer Zunge, die bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder Polen polnisch gestimmt hätten, sich jetzt für den Verbleib bei Preußen ausgesprochen. Ihnen kam es durch dieses Ergebnis vor allem darauf an, ihre frühere, im Kaufe polnischer Versprechungen getätigte Abstimmung zu widerrufen. Die Mehrzahl der Oberschlesier, die seinerzeit für Polen votiert hatten, haben ja später privatim keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie gegen die Zerstückung des politisch, wirtschaftlich und kulturell zusammengehörenden Landes sind. Darum ist die heutige Abstimmung auch von hohem außenpolitischen Wert. Sie wird der Bewegung für die Wiedergewinnung des geraubten Teiles erhöhte Spannkraft verleihen. Die Abstimmung ist aber auch ein Zeugnis dafür, daß das neue Preußen moralische Eroberungen zu machen vermag. Die Oberschlesier haben sehr klar zwischen dem kapitalistischen Altpreußen und dem demokratischen Freistaat Preußen unterschieden. In der Anlehnung an den großen Staat erhofft das geduldete Volk seine Wiedergenesung und die Befreiung seiner losgerissenen Teile vom Joche der polnischen Korruptionsherrschaft.

### Stinnes' Lieferungsabkommen mit Frankreich.

Marcel Guttin hatte eine Unterredung mit dem Senator de Luberac über die Vereinbarungen, welche dieser mit Stinnes getroffen hat. Nach einem Bericht des Echo de Paris hat die Einleitung dieser Abmachung folgenden Wortlaut: In der Zusammenkunft zwischen Luberac und Stinnes setzte Luberac die ausnehmend kritische Lage auseinander, in welcher sich noch heute die französischen und verwalteten Gebiete befinden. Er hob den lindernden Einfluß auf die französisch-deutschen Beziehungen hervor, der aus einer wirksamen Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau der verwalteten Gebiete sich ergeben würde. Stinnes schloß sich diesem Standpunkte Luberacs an und vereinbarte in der Absicht, seinen Wunsch kundzutun, zu diesem Wiederaufbau beizutragen, mit Luberac folgende Abmachung, durch die Stinnes sich verpflichtet, dem Verbands Materialien zu liefern. Es sei das, so erklärte Luberac, ein Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt werde, den Wiederaufbau der französischen Städte und Dörfer in besonderer Weise beschleunigen könnte. Nach Frankreich zurückgekehrt, macht er, wie das in der Abmachung festgelegt ist, der französischen Regierung sofort Mitteilung von der Abmachung. Um den Kontrakt möglichst nutzbringend zu verwerten, schuf der Verband ein besonderes Materiallieferungsamt, das sich aus dem Präsidenten, aus Verwaltungsmitgliedern des Verbandes, der Architekten und des Verbandes für Bauhandwerk zusammensetzt.

### Die Städte und die Ernährungsfrage.

Im Ernährungsausschuß des Deutschen Städtetages, der nach Halle einberufen worden war, zeigte sich, wie die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages mitteilt, daß die Stadtverwaltungen durchweg von den besten Willen befeelt sind, mit ihren Kräften und Mitteln gegenüber der Valutablockade zu helfen, wie einst gegenüber der Kriegsblockade. Doch können sie in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot zu diesem Ziele nicht das Geringste unternehmen ohne Gewährung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat. Alle jetzt öffentlich erörterten Hilfsmassnahmen, die natürlich durchweg bedeutende Kosten — mindestens vorkaufweise — verursachen, sind und bleiben ohne finanzielle Reichs- oder Staatshilfe gänzlich undurchführbar. Die Fürsorge könnte sich auch immer nur erstrecken auf diejenigen Kreise, die sich nicht durch Anpassung ihres Einkommens an die veränderten Verhältnisse selbst helfen können, vor allem auf die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, die Militärrentner (Kriegesbeschädigte und Kriegshinterbliebene). Diesen aber wird vielfach wirkungsvoller geholfen werden können durch Naturalien, einschließlich der Heizstoffe, als durch Barunterstützung. Die Versorgung durch fertiges Essen in Form von Massenspeisungen (selbst wenn Reich und Staat die nötigen Zuschüsse bezahlen) wurde nach den reichen Erfahrungen der Städte auf diesem Gebiete aus vielerlei Gründen übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet. Jedenfalls würde es sich nicht empfehlen, etwa neue Einrichtungen zu schaffen. Nur die Erhaltung von Mittelstandsküchen wurde als dringendes Bedürfnis für gewisse Bevölkerungsklassen übereinstimmend beantwortet. In der Rationierungsverwaltung haben sich die Städte schon seit dem Vorjahre von eigenen

Geschäften zurückgezogen und das Feld dem sachverständigen Handel und den Verbrauchergenossenschaften geräumt, die vielfach organisatorisch und durch Kreditgewährung unterstützt werden. Nur in einigen wenigen Städten soll eine gewisse Notreserve von der Stadtverwaltung eingelagert werden. Die gleichmäßige Verteilung der nächsten Zuckernernte unter die Bevölkerung wird zunächst in einer Form erstrebt, welche die völlige Zwangsmäßigkeit vermeidet. Mit der Beschränkung der zuckerverarbeitenden Luxus-Industrie ist man selbstverständlich einverstanden. Die Seefischverföderung ist in der Hauptsache eine Kohlenfrage. Entsprechende Anträge sollen gestellt werden.

### Der Völkerbund in Genf.

Die Tagesordnung der Völkerbunderversammlung, deren Dauer auf etwa 3—4 Wochen berechnet ist, enthält keine besonderen Sensationen, nachdem nach allgemeiner Auffassung die Frage der Aufnahme Deutschlands in diesem Jahre nicht gestellt wird und auch die Gerüchte über Lloyd Georges persönliche Beteiligung an der Versammlung noch keinerlei Bestätigung gefunden haben. Nichtsdestoweniger können die Fragen der Aufnahme Ungarns in den Völkerbund, das Problem der österreichischen Krise und die Neuwahl der 4 nichtständigen Mitglieder des Völkerbundrates zu größeren politischen Auseinandersetzungen führen, die voraussichtlich alle von der Politik der kleinen Entente abhängig sein werden. Wie verlautet, will die kleine Entente die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund von vorherigen Zusicherungen, sei es durch Ungarn oder durch den Völkerbund selbst in der Habsburgischen Frage abhängig machen. Die Mehrheit der Versammlung ist der Aufnahme gänzlich feindlich. Was die Neuwahlen für den Rat betrifft, so beansprucht die kleine Entente einen Sitz. Man nimmt allgemein an, daß ihr Wortführer Benesch in den Rat eingezogen wird. Alle diese Fragen dürften aber mehr hinter den Kulissen als im Plenum entschieden werden. Schließlich rechnet man damit, daß der Reichsausschuß des Völkerbundrates die Abrüstungsfrage und vielleicht auch das Minderheitenproblem zu großen, wenn auch nur platonischen Debatten führen könnten.

### Kleine politische Meldungen.

Das Defizit des Reiches. Im Monat August übersteigen die Reichsausgaben die Einnahmen des Reichsetats wieder um 13 Milliarden. Der größte Teil des Mehrbedarfs entfällt im abgelaufenen Monat nicht auf die Verkehrsanstalten, sondern auf die Mehrbewilligung von Gehältern und Löhnen.

Die Konferenz der Ernährungsminister, in der alle Länder zumeist durch die Ernährungs- oder Landwirtschaftsminister vertreten sind, wurde gestern vormittag im Föhnisaal des Hamburger Rathauses durch den Bürgermeister Diestel im Namen der hamburgischen Regierung begrüßt. Der Reichsernährungsminister übernahm dann den Vorsitz und eröffnete die allgemeine Aussprache über die Lage, wobei in erster Linie die Frage der Getreide- bzw. Brotversorgung besprochen wurde. Staatssekretär Dr. Heinrich gab eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen Lage auf diesem Gebiet. Darauf begann die Einzelaussprache.

Wutgefahr in München. In München spielen recht radikale Geister mit dem Gedanken eines monarchistischen Wutges, und die Gefahr, daß er zur Ausführung kommt, muß schon ziemlich drohend sein, denn Führer der Bayerischen Volkspartei und der Christlichen Arbeiter- und Bauernvereine haben es für nötig gehalten, in öffentlichen Aufrufen vor gewalttätigen Wutges zu warnen. Wie die sozialistische Münchener Post meldet, sind Männer in Oberlandier Tracht in Rosenheim angekommen und haben Schlafstellen und Unterkunft im dortigen Realgymnasium verlangt. Sie wiesen Quartiersheime vor, die angeblich vom General v. M. S. H. L., dem Chef der bayerischen Reichswehr, unterzeichnet sein sollen. In München ist noch alles ruhig. Die sozialistische Arbeiterschaft hält sich zur Abwehr bereit.

Wart es in Mitteldeutschland? Wie die Neue Berliner 12 Uhr-Zeitung meldet, fanden in der Halleischen und Mansfelder Gegend in den letzten Tagen verschiedene große Arbeiterversammlungen statt, in welchen im Anschluß an die Teuerung zum allgemeinen Kampf aufgerufen wurde. Es wurden Resolutionsentwürfe gefaßt, in welchen die Arbeiterschaft die Gewerkschaftsführer auffordert, die von ihnen aufgestellten Forderungen durch den Kampf der Arbeiterschaft sofort zu verwirklichen und zum Kampf gegen die Ausbeutung und Knechtschaft aufzurufen.

W. S. U. und Unabhängige. Die Parteivorstände der Sozialdemokratischen und der Unabhängigen Partei beraten seit gestern vormittag über die beiden Entwürfe eines gemeinsamen Aktionsprogramms. Die Besprechung nimmt laut Vorwärts einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Dem Nürnberger Einigungsparitätstag soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzusetzen, die sobald gemeinsam ein allgemeines Programm fassen soll.

Einschränkung des Verkaufs von Spirituosen in Bremen. Als zweite der angebotenen Maßnahmen des preussischen Rationierungsrates im Kampf gegen den Wucher- und Schlemmerunwesen verdinglich die preussische Verbrauchsteuer-Verordnung zur tünlich weitgehenden Einschränkung